

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Baumbach, Dresden, Postfach 1048

Druck: Max Baumbach & Co., Dresden, Postfach 1048

Abdruck und Verbreitung ohne Genehmigung des Verlegers ist untersagt

1. 7.	140,0	G
2. 7.	135,0	G
3. 7.	130,0	G
4. 7.	125,0	G
5. 7.	120,0	G
6. 7.	115,0	G
7. 7.	110,0	G
8. 7.	105,0	G
9. 7.	100,0	G
10. 7.	95,0	G
11. 7.	90,0	G
12. 7.	85,0	G
13. 7.	80,0	G
14. 7.	75,0	G
15. 7.	70,0	G
16. 7.	65,0	G
17. 7.	60,0	G
18. 7.	55,0	G
19. 7.	50,0	G
20. 7.	45,0	G
21. 7.	40,0	G
22. 7.	35,0	G
23. 7.	30,0	G
24. 7.	25,0	G
25. 7.	20,0	G
26. 7.	15,0	G
27. 7.	10,0	G
28. 7.	5,0	G
29. 7.	0,0	G
30. 7.	0,0	G
31. 7.	0,0	G
1. 8.	0,0	G
2. 8.	0,0	G
3. 8.	0,0	G
4. 8.	0,0	G
5. 8.	0,0	G
6. 8.	0,0	G
7. 8.	0,0	G
8. 8.	0,0	G
9. 8.	0,0	G
10. 8.	0,0	G
11. 8.	0,0	G
12. 8.	0,0	G
13. 8.	0,0	G
14. 8.	0,0	G
15. 8.	0,0	G
16. 8.	0,0	G
17. 8.	0,0	G
18. 8.	0,0	G
19. 8.	0,0	G
20. 8.	0,0	G
21. 8.	0,0	G
22. 8.	0,0	G
23. 8.	0,0	G
24. 8.	0,0	G
25. 8.	0,0	G
26. 8.	0,0	G
27. 8.	0,0	G
28. 8.	0,0	G
29. 8.	0,0	G
30. 8.	0,0	G
31. 8.	0,0	G
1. 9.	0,0	G
2. 9.	0,0	G
3. 9.	0,0	G
4. 9.	0,0	G
5. 9.	0,0	G
6. 9.	0,0	G
7. 9.	0,0	G
8. 9.	0,0	G
9. 9.	0,0	G
10. 9.	0,0	G
11. 9.	0,0	G
12. 9.	0,0	G
13. 9.	0,0	G
14. 9.	0,0	G
15. 9.	0,0	G
16. 9.	0,0	G
17. 9.	0,0	G
18. 9.	0,0	G
19. 9.	0,0	G
20. 9.	0,0	G
21. 9.	0,0	G
22. 9.	0,0	G
23. 9.	0,0	G
24. 9.	0,0	G
25. 9.	0,0	G
26. 9.	0,0	G
27. 9.	0,0	G
28. 9.	0,0	G
29. 9.	0,0	G
30. 9.	0,0	G
31. 9.	0,0	G
1. 10.	0,0	G
2. 10.	0,0	G
3. 10.	0,0	G
4. 10.	0,0	G
5. 10.	0,0	G
6. 10.	0,0	G
7. 10.	0,0	G
8. 10.	0,0	G
9. 10.	0,0	G
10. 10.	0,0	G
11. 10.	0,0	G
12. 10.	0,0	G
13. 10.	0,0	G
14. 10.	0,0	G
15. 10.	0,0	G
16. 10.	0,0	G
17. 10.	0,0	G
18. 10.	0,0	G
19. 10.	0,0	G
20. 10.	0,0	G
21. 10.	0,0	G
22. 10.	0,0	G
23. 10.	0,0	G
24. 10.	0,0	G
25. 10.	0,0	G
26. 10.	0,0	G
27. 10.	0,0	G
28. 10.	0,0	G
29. 10.	0,0	G
30. 10.	0,0	G
31. 10.	0,0	G
1. 11.	0,0	G
2. 11.	0,0	G
3. 11.	0,0	G
4. 11.	0,0	G
5. 11.	0,0	G
6. 11.	0,0	G
7. 11.	0,0	G
8. 11.	0,0	G
9. 11.	0,0	G
10. 11.	0,0	G
11. 11.	0,0	G
12. 11.	0,0	G
13. 11.	0,0	G
14. 11.	0,0	G
15. 11.	0,0	G
16. 11.	0,0	G
17. 11.	0,0	G
18. 11.	0,0	G
19. 11.	0,0	G
20. 11.	0,0	G
21. 11.	0,0	G
22. 11.	0,0	G
23. 11.	0,0	G
24. 11.	0,0	G
25. 11.	0,0	G
26. 11.	0,0	G
27. 11.	0,0	G
28. 11.	0,0	G
29. 11.	0,0	G
30. 11.	0,0	G
31. 11.	0,0	G
1. 12.	0,0	G
2. 12.	0,0	G
3. 12.	0,0	G
4. 12.	0,0	G
5. 12.	0,0	G
6. 12.	0,0	G
7. 12.	0,0	G
8. 12.	0,0	G
9. 12.	0,0	G
10. 12.	0,0	G
11. 12.	0,0	G
12. 12.	0,0	G
13. 12.	0,0	G
14. 12.	0,0	G
15. 12.	0,0	G
16. 12.	0,0	G
17. 12.	0,0	G
18. 12.	0,0	G
19. 12.	0,0	G
20. 12.	0,0	G
21. 12.	0,0	G
22. 12.	0,0	G
23. 12.	0,0	G
24. 12.	0,0	G
25. 12.	0,0	G
26. 12.	0,0	G
27. 12.	0,0	G
28. 12.	0,0	G
29. 12.	0,0	G
30. 12.	0,0	G
31. 12.	0,0	G

Anbahnung eines Kompromisses in Paris

Die entscheidenden Verhandlungen am Freitag

Paris, 2. Juli. Wie am späten Abend aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat am Donnerstagmorgen eine inoffizielle Besprechung zwischen Mellon und dem Ministerpräsidenten Cavalet stattgefunden, in deren Verlauf der amerikanische Schatzsekretär die Verschiebung der Verhandlungen auf den Freitagvormittag vorschlug. Cavalet stimmte dem zu.

Der in Paris seit Abbruch des Ministerrats am Donnerstag herrschende Optimismus verbleibt sich zu dem Gerücht, daß es bereits gelungen sei, in bezug auf die bisher strittigen Punkte ein Kompromiß vorzubereiten. Mellon stehe mit Washington in Verbindung und wolle die letzten Instruktionen des Präsidenten Hoover abwarten, ehe er sich entscheidend zu den Vorschlägen der französischen Seite äußere. Diese Vorschläge sollen angeblich so entgegenkommend gehalten sein, daß man mit der amerikanischen Zustimmung rechnen dürfe. Eine Bestätigung von amtlicher oder halbamtlicher Seite findet dieses Gerücht jedoch nicht. Es ist lediglich vermerkt, daß die Behauptung von einer Einigung „den Tatsachen voraussetzt“. Alle darüber hinausgehenden Meldungen dürften mehr oder weniger frei kombiniert sein.

Ein Londoner Vermittlungsversuch abgelehnt

London, 2. Juli. Das Foreign Office gab am Donnerstagmorgen folgende offizielle Erklärung heraus: „Die englische Regierung hofft ernstlich, daß die Erörterungen, die jetzt in Paris hinsichtlich der Vorschläge des Mr. Hoover stattfinden, erfolgreich sein werden. Sollte eine baldige Lösung nicht gefunden werden, so hat sie ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, eine Zusammenkunft der Vertreter der hauptsächlich betroffenen Mächte zu einem baldigen Zeitpunkt, möglichst noch Ende dieser Woche, in London in der Absicht abzuhalten, daß eine Einigung mit möglichst geringer Verzögerung erzielt wird.“

Nachdem die französische Regierung am Donnerstagmorgen ein Telegramm aus Paris ein, in dem mitgeteilt wurde, daß die französische Regierung die Einladung nach London zu diesem Wochenende nicht annehmen könnte, Irland hat seine Ablehnung damit begründet, daß die französisch-amerikanischen Verhandlungen sowohl seine wie auch die Anwesenheit in Paris notwendig machen.

Die amtlichen Stellen erklären hierzu erläuternd, daß zweifellos bei den Franzosen der Wunsch für eine solche Konferenz an sich bestehe, daß sie es aber vorziehen würden, wenn diese Konferenz in Paris stattfinden würde.

Die Pariser Abendpresse macht bereits für den Gedanken einer neuen Tributkonferenz in Paris Stimmung.

Wie man hört, war dies überhaupt der ursprüngliche Gedanke Briand's, der aber von dem Ministerpräsidenten Cavalet zuerst abgelehnt, nun aber allem Anschein nach angesichts der bedrohlich ansehnlichen Lage wieder ausgearbeitet worden ist. Sein Zweck ist der, Frankreich aus der peinlichen Isolation zu befreien, die Schuld Frankreichs an einem etwaigen Scheitern der Hooveraktion zu verschleiern und die französischen Ziele in einer neuen Tributkonferenz schließlich doch noch durchzusetzen. — Was dies für Deutschland zu bedeuten haben würde, darüber besteht kaum ein Zweifel.

Ein französisches Kommuniqué

Paris, 2. Juli. Das veröffentlichte folgende Kommuniqué: „Finanzminister Flandin hat heute nachmittag mit dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon eine lange Besprechung gehabt. Ueber das Ergebnis dieser Zusammenkunft wird von eingeweihten Kreisen das strengste Stillschweigen gewahrt. Man hat jedoch den Eindruck, daß im Laufe dieser Besprechung die Verhandlungen einen sich befriedigend entwickelnden Verlauf genommen haben und daß es möglich sei, daß das Zustandekommen einer Einigung dadurch erleichtert werde. Die französisch-amerikanischen Verhandlungen werden morgen vormittag 10 Uhr im Laufe der Vollkonferenz wieder aufgenommen.“

Das Weiße Haus optimistisch

Washington, 2. Juli. Nach einer langen Konferenz mit Hoover erklärte heute der stellvertretende Staatssekretär Castle: „Die Verhandlungen in Paris dauern in angenehmer Atmosphäre an, und wir sind sehr optimistisch in bezug auf ihren Ausgang. Der stellvertretende Schatzsekretär Willis und der Senator Morrow nahmen ebenfalls an der Konferenz im Weißen Hause teil und begleiteten nach ihrer Beendigung Castle in das Staatsdepartement, um dort die Diskussion fortzusetzen.“

Zu der Berliner Meldung, der amerikanische Botschafter hätte dem Reichsaussenminister Dr. Curtius erlaubt, wenn möglich auf eine Vermittlung von Stahel und anderen Demonstrationen einzuwirken, um die französische öffentliche Meinung zu beruhigen, erklärte das Staatsdepartement, daß Botschafter Sackett von Washington keine derartigen Anweisungen erhalten habe. Er habe auch nicht nach Washington berichtet, daß er einen solchen Schritt plane oder schon unternommen habe.

England fordert Tributanteil, falls Frankreich nicht verzichtet

London, 2. Juli. Für den Fall, daß bei den französisch-amerikanischen Verhandlungen eine Lösung herauskommt, die dem ursprünglichen Hooverplan gegenüber eine wesentliche Abänderung bringt, wird sich die englische Politik voraussichtlich auf den Standpunkt stellen, daß eine neue Lage eingetreten sei.

Hierdurch würde es möglich werden, zu erklären, daß ihr ursprünglicher Verzicht auf deutsche Zahlungen gemäß dem Hooverplan nur noch bedingt zuträfe und daß sie sich berechnen läßt, an etwaigen deutschen Zahlungen in einem Verhältnis teilzunehmen, wie sie zur Zeit für die Monatszahlungen gültig seien, also mit rund 22 1/2 %.

Diese Auffassung ist anscheinend schon der französischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden, um sie darauf hinzuweisen, daß die geschuldeten Zahlungen eintrittswahrscheinlich nicht in ihrer Gesamthöhe Frankreich zufallen würden.

Das englische Vorgehen ist offensichtlich von einem recht zweifelhaften Wert, und anscheinend ist auch in amerikanischen Kreisen die Auffassung hierüber sehr geteilt. Man befürchtet dort, daß den Franzosen der Rücken gestärkt wird, daß die Absicht Hoovers, schnell zu handeln, durchkreuzt wird, und daß sich die Welt wieder vor langwierigen Verhandlungen alten Stils gestellt sieht, obwohl die Lage in Deutschland dringend eine sofortige Lösung verlangt.

Gerechte Strafe

Am 22. April dieses Jahres wurde der Düsseldorfser Massenmörder Peter Kürten, der mit seinen schaurigen Mordtaten eine ganze Stadt durch lange Monate hindurch in grauenvolles Entsetzen gefüllt hatte, neunmal zum Tode verurteilt. Am 5. Mai sollte das preussische Staatsministerium die Entscheidung treffen, ob noch in diesem fassen Fall Gnade vor Recht ergehen und in die Irre gehendes Humanitätsgefühl vor dem klaren Empfinden des Volkes für gerechte Sühne den Vortag haben sollte. Nach langem Säubern hat sich das preussische Staatsministerium nunmehr am 1. Juli für die Vollstreckung der Todesstrafe entschieden. Es hat damit dem Druck der öffentlichen Meinung nachgegeben. Denn das Börgern des Staatsministeriums beweist, wie hart den verantwortlichen Männern der preussischen Regierung die Entscheidung geworden ist. Die Ursache hierfür lag darin, daß von den Parteien, die die preussische Koalition bilden, die größte und die kleinste: Sozialdemokratie und Staatspartei, absolute Gegner der Todesstrafe sind und von ihrem Standpunkte aus auch in diesem Falle keine Ausnahme machen wollten. Denn für sie ist, wie sie hervorgehoben haben, die Frage der Ablehnung der Todesstrafe eine prinzipielle, und es gäbe für sie keine Schwanungen, kein Wenn und Aber, und keinen Unterschied zwischen mehr oder weniger extremen Fällen. Im Zentrum, der dritten Koalitionspartei, sind die Meinungen geteilt. Der Justizminister Schmidt, der selbst dem Zentrum angehört, ist Gegner der Todesstrafe, und zwar, wie er selbst betont, aus humanitären Gründen, seit er in Magdeburg einer Doppelinrichtung beigegeben hatte. So war im preussischen Ministerrat von vornherein eine erdrückende Mehrheit von Gegnern der Todesstrafe vorhanden. Eine Mehrheit, die an Einstimmigkeit ging.

In der Tat hatte die preussische Regierung schon seit einer Reihe von Jahren kein Todesurteil mehr vollstrecken lassen. Sie stützte sich dabei rein formell auf die Tatsache, daß die Todesstrafe im Strafrechtsausdruck des Reichstags mit Stimmgleichheit abgelehnt wurde und daß durch die Auflösung des Parlamentes und seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben ein endgültiger Beschluß über die Beibehaltung oder Ablehnung der Todesstrafe nicht herbeigeführt werden konnte. Eine keineswegs stichhaltige Begründung. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das Reichstagsplenum in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung eine Mehrheit von mindestens 50 Abgeordneten für Beibehaltung dieses äusseren Mittels für den Schutz der Gemeinschaft vor Mordern ergeben wird. Damit ist auch die Bitte des Reichsjustizministeriums vom 10. Juli 1928 an die Länderregierungen hinsichtlich geworden, Todesstrafen nicht zu vollstrecken, solange keine Entscheidung über die Beibehaltung der Todesstrafe getroffen worden ist. Württemberg und Bayern haben deshalb in der letzten Zeit wieder Hinrichtungen vorgenommen. Bayern ließ die Todesstrafe an Fechner vollstrecken. Dadurch geriet die preussische Regierung in eine schwierige Lage. Denn sie konnte, wollte sie nicht dem Rechtsempfinden des Volkes glatt ins Gesicht schlagen, Kürten nicht begnadigen, der schließlich ein weit schrecklicherer Verbrecher gewesen war als Fechner. So hat sie sich, entgegen allen grauen Theorien, schließlich doch zur Vollstreckung, nach allerdings über zweimonatigen Erwägungen, entschließen müssen. Die harten Notwendigkeiten, die für den Schutz der staatlichen Gemeinschaft gegen verfliegene Parteibogmen gebieterisch sprechen, haben sich durchgesetzt.

Der Fall Kürten war ja auch klar, wie selten ein Kriminalfall. Die Prozeßverhandlung war eigentlich nur noch Formsache. Mit geradezu unheimlicher Präzision erfolgten die Befragungen dieses widerwärtigen Ungeheuers. Daß die Zurechnungsabfähigkeit vermindert sei, wurde von einem ganzen Parteistab von Sachverständigen verneint. Der Mörder selbst ist ein intelligenter Mensch, der mit vollem Bewußtsein handelte. Er wäre durchaus in der Lage gewesen, seine pathologischen Neigungen zu bekämpfen. Seine Verteidigung, die darauf hinauslief, sich als interessantes Phänomen hinzustellen, daß der Wissenschaft erhalten bleiben müsse, war geradezu raffiniert. Unerhörte umfänglich allerdings waren die Schlussworte des Mörders, in denen er sich über die Sittlosigkeit der Gegenwart beklagte. Kürten, das ist bezeichnend, hatte bestimmt mit seiner Begnadigung gerechnet und deshalb auch auf Revision verzichtet. Ein Zeichen dafür, daß die prinzipielle Beibehaltung der Todesstrafe an sich einen

Heute: **Der D.N.-Kraftfahrer**
Seite 9 und 10

„Graf Zeppelin“ auf der Heimfahrt

Hamburg, 2. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erfuhr, eldauwärts kommend, kurz nach 8 Uhr nachmittags über Hamburg und führte eine Schiffsfahrt von etwa einer Viertelstunde über der Stadt aus. Das Luftschiff fuhr dann in südöstlicher Richtung weiter.

Von Hamburg kommend überflieg „Graf Zeppelin“ auf seiner Rückfahrt von der Nordlandreise nach Friedriehshafen um 21 Uhr die Reichshauptstadt, und um 22,32 Uhr Leipzig.

Neuwerker Begeisterung für die Wellflieger

Neuwerk, 2. Juli. Ueber 100 000 Neuwerker bereiteten den Wellfliegern heute mittag einen jubelnden Empfang. Von einem großen Aufgebot von Truppen und Polizei begleitet, begaben sich Volk und Wally unter dem traditionellen Papierfächerregen zum Rathaus, wo Bürgermeister Welfer sie begrüßte. Die Flieger reisen morgen nach Washington, um einer persönlichen Einladung Hoovers Folge zu leisten.

Zwei Flugzeuge zusammengefallen. Bei Miville (Belgien) stießen zwei Militärflugzeuge zusammen und stürzten ab. Der Führer des einen Flugzeuges, ein Unteroffizier, wurde getötet, der andere Führer konnte sich durch Abspringen mit dem Fallschirm in Sicherheit bringen.

Stagerrat-Fest der Reichsmarine

Wismar, 2. Juli. Boote der 2. Torpedoboots-Division der Reichsmarine ließen auf der Rückkehr von der Sommerausbildungsreise unter Führung von Korvettenkapitän Frick die schwedische Schäreninsel Stensholm, die nördlich von Wismar im Stagerrat liegt, am Donnerstag an, um dem Friedhof der Stagerrat-Gefallenen, auf dem auch der Dichter Gorch Fock begraben liegt, einen Besuch abzustatten. Eine Abordnung der Reichsmarine legte an den Gräbern der Gefallenen, die 1918 nach der Stagerrat-Schlacht an diese Insel angepöhl und von schwedischen Fischern begraben worden waren, einen Kranz nieder und hielt eine Gedächtnisfeier ab.

Feuersbrunst in einem Delhafen

London, 2. Juli. Britischen Meldungen zufolge gerieten am Donnerstag in dem Delhafen Port Arthur (Texas) die beiden amerikanischen Tankdampfer „Curtis“ (4711 Tonnen) und „Wolf of Mexico“ (7807 To.) in Brand. Das Feuer nahm rasch ungeheure Formen an und dehnte sich auf einen Teil der Ölanlagen aus, die zur Zeit noch in Flammen stehen. Durch das Ausfließen des brennenden Oeles auf das Wasser gingen fünf große Motorboote Feuer, die völlig ausbrannten.